

16.10.1917 206

Frankfurter Zeitung

Wochenschrift.

(Neue Frankfurter Zeitung)

Verlag: Carl Neumann

Druck: Carl Neumann

Preis der Anzeigen

Kolonialzettel 50 Abends 75
 Familienanzeigen 1. - 2. - 3. - 4. - 5. - 6. - 7. - 8. - 9. - 10. - 11. - 12. - 13. - 14. - 15. - 16. - 17. - 18. - 19. - 20. - 21. - 22. - 23. - 24. - 25. - 26. - 27. - 28. - 29. - 30. - 31. - 32. - 33. - 34. - 35. - 36. - 37. - 38. - 39. - 40. - 41. - 42. - 43. - 44. - 45. - 46. - 47. - 48. - 49. - 50. - 51. - 52. - 53. - 54. - 55. - 56. - 57. - 58. - 59. - 60. - 61. - 62. - 63. - 64. - 65. - 66. - 67. - 68. - 69. - 70. - 71. - 72. - 73. - 74. - 75. - 76. - 77. - 78. - 79. - 80. - 81. - 82. - 83. - 84. - 85. - 86. - 87. - 88. - 89. - 90. - 91. - 92. - 93. - 94. - 95. - 96. - 97. - 98. - 99. - 100.

Reichstag und Kriegsziele.

Der Eindruck der Kanzlerrede. — Die Parteigruppierung. — Die Alldeutschen nach dem Sturm. — Scheidemann.

N. Berlin, 15. Mai. (Priv.-Tel.) Das also war der große Tag, auf den die Konservativen und die Alldeutschen in Wort und Schrift seit zwei Wochen hingewiesen haben, vorbereitet, als der Tag, dem man mit Furcht und Hoffnung entgegen sah, als der Tag, an dem der Reichskanzler sein und des Reiches Geschick wenden könne, der Tag, an dem im Reichstag die Alldeutschen, die sich für die Vertretung der großen Mehrheit des deutschen Volkes halten, die Sprache dieses Volkes in Not führen würden und wie sonst noch in pathetisch gesteigerten Redewendungen die angebliche Bedeutung der konservativen Kriegszielinterpellationen dargestellt worden ist. Gewiß ein großer Tag, nicht nur durch den Andrang im Saale und auf allen Tribünen, sondern auch durch den Verlauf der Sitzung, durch die Rede des Reichskanzlers und ihre Wirkung auf den Reichstag. Nach vierzehntägigem Trommelfeuer gegen die Reichspolitik und den verantwortlichen Leiter ist heute der Hauptsturm erfolgt und der Sturm ist abgewiesen. Wir wollen das uns aus den Heeresberichten der letzten Woche geläufige Bild nicht weiter ausmalen, sonst könnten wir noch deutlicher sein. Er ist abge schlagen, denn es hat sich ergeben, was jeder Verständige voraussetzte: daß, wie die große Mehrheit des deutschen Volkes, so auch die große Mehrheit des Reichstags hinter der Kriegszielpolitik, aber auch hinter der inneren Reformpolitik der Reichsleitung steht, hinter diesen beiden großen Gebieten der Politik, die ausgegangen sind von dem unvergesslichen: „Es ist nicht Eroberungsgeist, was uns treibt“ und: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“, von diesen beiden Grundgedanken, von denen eine direkte logische Entwicklung zum Friedensangebot des 12. Dezember und zur Osterbotschaft führt, zu diesen beiden Grundlagen unserer äußeren und inneren Politik, die auch heute als deutsch erwählt worden sind und auf die nicht nur die Rede des Reichskanzlers, sondern auch die Erklärung Bezug nimmt, die im Namen der Fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen, des Zentrums und der Mehrheit der Deutschen Fraktion unmittelbar nach der padenden Erklärung des Kanzlers der Abg. Spahn abgegeben hat. Das war die Mehrheit, die so sprach, und diese Mehrheit steht hinter der Reichspolitik und dem, der sie verantwortet, und diese Mehrheit ist noch viel größer, darüber darf man sich nicht täuschen. Der Verlauf der Sitzung hat gezeigt, und die Art, wie von den Bänken der Linken an vielen Stellen der Rede des Reichskanzlers der Beifall ertönte, und auch die Rede des Sozialdemokraten Dr. David zeigt es: in der Hauptsache sind auch die Sozialdemokraten mit dem, was der Kanzler gesagt hat, doch einverstanden, wenn dieser auch die internationale sozialistische Formel des Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen mit durchschlagender sachlicher Begründung zurückgewiesen hat, diese Formel, die ja nur einen Teil zukünftiger Friedensarbeit enthalten konnte und die ja auch Herr Scheidemann in seiner Begründung der Interpellation schon mehr im Sinne eines Verständigungsfriedens erläutert hat, eines Friedens, in dem man sich über Gebietsaustausche friedlich einigen und selbstverständlich auch Grenzlinie verrücken könne. Die Kluge, von schönem Friedenswillen getragene Äußerung des Kanzlers, die so deutlich zeigt, wie gern wir und unsere Verbündeten bereit sind, einem wirklich zu Frieden und dauernder Freundschaft entschlossenen Rußland die Hand zu bieten, hat auch auf der äußersten Linken, von den Männern um Haase abgesehen, für die Friedenspolitik der Reichsleitung Sympathie gewonnen, die Friedenspolitik der Reichsleitung, wie man sie jetzt mit mehr Recht als früher nennen kann, seitdem der Kanzler, wie es scheint zur Ueberraschung seiner Gegner, verkündet hat, daß er sich bezüglich unserer Kriegsziele in voller Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung befindet. Das hat wirklich Eindruck gemacht bei allen Parteien; denn diese Uebereinstimmung ist ein wichtiges Gut für unsere Zukunft, der die schwere Arbeit des Friedensschlusses bevorsteht, und einen ähnlichen Eindruck hat es gemacht, daß der Kanzler die volle Uebereinstimmung mit unserer Verbündeten feststellen konnte.

Das Verhalten der Mittelparteien, der Fortschrittler, der Nationalliberalen, des Zentrums und der Mehrheit der Deutschen Fraktion in dieser Sitzung, die von den konservativen und alldeutschen Gegnern der Reichspolitik als Kraftprobe gedacht war, würde in parlamentarisch regierten Staaten die Bedeutung eines Vertrauensvotums haben, und wenn man heute irgend eine Resolution in diesem Sinne hätte formulieren können, es wäre eine erdrückende Mehrheit gewesen, die den konservativen Interpellanten gegenübergestanden hätte. Es ist wohl glaublich, was berichtet und geschrieben wird, daß konservative Führer wie Westarp und Seydewitz, die ja heute nicht gesprochen haben, mit dieser Interpellation, die eine Kraftprobe sein sollte, nicht einverstanden gewesen, aber von heißspornigeren Mitgliedern der konservativen Partei überstimmt worden seien. Es ist nicht uninteressant, zu sehen, wie mit der schönen Einheitlichkeit, die man in der Taktik der konservativen und der alldeutschen Presse seit geraumer Zeit dauernd beobachten kann, die meisten dieser Organe heute Abend schon aus den bitteren Erfahrungen dieses Tages mit saurer Miene doch Honig zu saugen sich bemühen. Das hat auch der sonst viel draufgängerischere Herr v. Gräfe in einem Rückzugsgesicht versucht, indem er versicherte, daß sie gar nicht so wilde, erobereungslustige Männer seien, und in den Blättern lasen wir plötzlich die harmlose Deutung, auf die wir gestern schon aufmerksam machten, als ob dieser ganze, lange vorbereitete Ansturm eigentlich nur den Zweck gehabt habe, daß der Reichskanzler sage, er wolle nicht den sogenannten Scheidemannfrieden. Ja, lieber Himmel, das hätte man billiger haben können! Die Gegner des Kanzlers hätten nur nicht seit Jahr und Tag den Glauben zu erwecken brauchen, als ob Herr Scheidemann der Kriegszielherold des Reichskanzlers sei. Die „Kreuzzeitung“ versichert heute, der Zweck der Interpellation sei nur gewesen, den Reichskanzler zu einer entschiedenen Stellungnahme gegen einen Verzichtsfrieden zu veranlassen, und dieses Ziel sei erreicht; denn der Reichskanzler habe sich gegen den Scheidemannschen Frieden, wenn auch freilich nur mit einiger Einschränkung, ausgesprochen. Nehulich sucht die „Deutsche Tageszeitung“ die Sache zu drehen und fragt mit gespielter Neutralität, warum der Kanzler nicht schon längst gesagt habe, daß er in der Kriegszielfrage in voller Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung sei. Nur die „Deutsche Zeitung“, die man auch „Alldeutsche“ nennen könnte, macht dieses Manöver nicht mit. Sie erklärt, „der Kanzler habe Steine statt Brot gegeben, ein großer Aufwand sei schamlich wieder verthan, und die Bestimmten hätten wieder Recht behalten, die von diesem Kanzler auch unter dem schwersten und lastendsten Druck der Stunde nichts erwartet hätten, was nach Zielsicherheit, nach Kraftbewußtsein und hartem Willen ausläge; tönenbes Erz und eine klingende Schelle sei der Kanzler auch nach dem heutigen schwarzen Tage usw.“

Der Kanzler hat heute mit einer rhetorischen Wirkung, die die meisten seiner bisherigen Reden überbot, über-

zeugend dargelegt, warum er über Kriegsziele in diesem Augenblick nicht sprechen könne und warum ein Verzichtsfrieden so wenig wie ein Eroberungsprogramm dem Hauptziele nahe, nämlich den Krieg zu beenden, und so den Krieg zu verkürzen. Er hat sich auch ausdrücklich zu seiner bisherigen besonnenen Art der Umschreibung der Kriegsziele und vor allem zum Friedensangebot vom 12. Dezember und dem konservativen Interpellationsgegner Dr. Rösicke gegenüber, der mit dem Kaiser krebien wollte, zur Osterbotschaft bekannt. Und diesem Kanzler galt die zustimmende Erklärung der Mittelparteien, unter ihnen der Nationalliberalen. Daß die letzteren dabei waren, ist für die Konservativen und Alldeutschen ein großer Schmerz und, wie ihre Blätter oeraten, eine große Ueberraschung, denn sie glaubten doch, unter ihnen Gefinnungsgenossen zu haben. Sie sind ihnen wie unter den Händen entchwunden. Herr v. Gräfe appellierte an die verlorenen Freunde. Er nannte einige mit Namen, wie den Dr. Stresemann. Es will ihm nicht eingehen, daß die Nationalliberalen plötzlich Vertrauen zum Kanzler haben und ebenso erkaunt war er, daß eine ganze Anzahl Blätter die nicht konservativ sind, aber in letzter Zeit in die alldeutsche Parole mit eingestimmt haben, offenbar keine Parteien hinter sich haben. Es klang aus der Rede des konservativen Herrn so etwas nach: „Wir sind allein auf weiter Flur“.

Scheidemann hatte seine Interpellation mit dem großen rednerischen Geschick begründet, über das er verfügt und hat in seiner Darlegung der Notwendigkeit eines Friedens, der keine nach Rache sinnenden besiegten Feinde hinterläßt, schöne vaterländische Töne angeschlagen, wie man sie seit Beginn des Krieges von ihm gewohnt ist. Es wirkte drastisch, als er dem konservativen Dr. Rösicke gegenüber gegen die Hineinziehung des Kaisers in die Debatte protestierte und gegen dieses Anklammern an diesen Kaiser protestierte, das dahin geführt hat, daß alle Torheiten der Alldeutschen im Auslande dem Kaiser zur Last fallen. An einer Stelle entgleiste er rednerisch. Er sagte, um die Friedenssehnsucht des deutschen Volkes zu schildern, u. a.: Wenn die englische und die französische Regierung, wie es die russische schon getan habe, auf Annexionen verzichte, und die deutsche Regierung den Krieg um Eroberungsziele fortsetzen wolle, dann käme die Revolution im Lande. Es war unnötig, diesen undenkbar Fall zu konstruieren; denn es ist bis jetzt keine Aussicht, daß England und Frankreich auf ihre Vernichtungsträume verzichten, und es ist noch viel weniger zu erwarten, daß dann eine deutsche Regierung den Frieden verweigern würde. Das Wort „Revolution“ aber noch dazu mit der hellen Trompetenstimme Scheidemanns wirkte auf die Rechte wie das nicht unerwünschte Signal zu großer Entrüstung. Scheidemann selbst hat dann in einer persönlichen Bemerkung des Künstliche dieser Entrüstung gekennzeichnet und darauf hingewiesen, daß er ja nur eine Hypothese aufgestellt und nicht die Revolution gepredigt habe eine Hypothese, die eine Regierung, selbst wenn sie den Alldeutschen gefällt, nicht erfüllen würde.

Die Friedenshand, die der Kanzler einem friedlichen Rußland entgegenstreckte, brauchte nur überall so gut verstanden zu werden, wie heute im Reichstage. Auch das Verständnis, das er für die bedrängte Lage der Neutralen bekundete, fand weitgehende Billigung. Die große Mehrheit des Reichstages ist mit der Reichspolitik, die der Kanzler verantworten leitet, einverstanden; seine konservativen und alldeutschen Gegner tun so, als ob er ihnen, weil er sich nicht auf einen Verzichtsfrieden festgelegt hat, einen Alp von der Seele genommen hätte. Also: Soyons amis, Cienna! Bleibt nur abzuwarten, mit welchen neuen Kriegsmitteln von den alten Gegnern der Kampf gegen die Reichspolitik und den Kanzler fortgeführt werden wird.

(Schluß des Berichts im Ersten Morgenblatt.)

N. Berlin, 15. Mai. (Priv.-Tel.)

Die Debatte über die

Kriegsziel-Interpellationen

wird fortgesetzt.

Abg. David (Soz.)

fährt in seinen Ausführungen fort: Daß der Reichskanzler ein Annexionsprogramm verhandelt hätte, entspricht sicher nicht den Tatsachen. Herr Ledebour arbeitet mit solchen Behauptungen nur den Alldeutschen in die Hände. Der Reichskanzler hat die Forderungen der konservativen Interpellanten nicht erfüllt. Er lehnt es aus taktischen Gründen überhaupt ab seinen Standpunkt darzulegen. Aber er hat nichts gesagt was mit unserer Auffassung des Friedens unvereinbar wäre. Wir sind der Meinung, daß die taktischen Erwägungen der Reichsregierung und der Mehrheitsparteien nicht richtig sind. Man müsse entsprechend unserer Taktik mehr auf die breitere Masse zu wirken suchen. Wir müssen die Friedensströmungen von unten auf in den feindlichen Ländern zu fördern suchen. Das kann nur erreicht werden, wenn das Ausland erfährt, daß man von Deutschland aus sich nicht von Annexionsströmungen treiben läßt. Wenn der Reichskanzler also etwas deutlicher gewesen wäre, so würde das dem Frieden wesentlich nützlich gewesen sein. Der Reichskanzler hat nun aber doch in seiner Erklärung Ausführungen gemacht, die wir mit Recht dafür in Anspruch nehmen können, daß die Reichsleitung die annexionistischen Absichten der Herren auf der Rechten fernsteht. Der Reichskanzler hat sich von neuem zum Friedensangebot vom 12. Dezember bekannt.

Das ist eine glatte Abgabe an den konservativen Abg. Rösicke, der dieses Friedensangebot als erledigt hinstellt. Die Reichsregierung ist also nach wie vor zu einem Verständigungsfriedens bereit. Der Reichskanzler hat sich weitläufig darüber ausgesprochen, daß zwischen der deutschen Regierung und der österreichischen Regierung in dieser Frage kein Meinungsgegensatz besteht, sondern volle Uebereinstimmung. Auch da haben die konservativen in ihrer Presse fortwährend eingehakt. Die Konservativen wollten Österreich einen kalten Wasserstrahl zukommen lassen.

Was der Reichskanzler hinsichtlich der Friedensmöglichkeiten mit Rußland gesagt hat, das ist das Freulichste und außerordentlich Wertvolle, was bei dieser Aussprechung herausgekommen ist. Diese Erklärungen waren unabweisbar. Wenn Rußland seinerseits Abstand von gewaltigen Eroberungen nimmt und ein dauernd friedliches Verhältnis zu uns wünscht, so teilen wir den Wunsch und wir werden keine Forderungen erheben, die dieses Ziel gefährden könnten, keine Forderungen, die sich mit der Freiheit und dem Willen des russischen Volkes nicht vertragen. Der Reichskanzler sprach von einer Einigung, die jede Vergewaltigung ausschloße und keinen Stachel hinterlasse. Das war klar und deutlich. Wenn diese Ausführungen unverfälscht nach Rußland kommen werden, dann ist die Stellung des Arbeiterrates in Petersburg gegeben. Eine Friedensoffensive der russischen Regierung, von der Herr Ledebour sprach, entspricht leider nicht den Tatsachen. Wir können nur hoffen, daß in Rußland die Mächte, die endlich auf einen baldigen Frieden hinwirken, sich auch durchsetzen können, und daß das Friedensangebot, das bis jetzt noch nicht erfolgt ist, tatsächlich erfolgt. Die Weigerung des Reichskanzlers ist zu begrüßen, weil sie in Rußland nützlich wirken wird. Ich bedauere aber, daß der Reichskanzler nicht auch nach Westen hin deutlich gesprochen hat. Der Gedanke eines Sonderfriedens ist in Rußland nur bei einer kleinen Schicht vorhanden. Rußland ist an seine Verbündeten gebunden. Aber es kann auf seine Verbündeten im Sinne eines Friedens einwirken. Das kann die deutsche Regierung erwarten, und das können wir erwarten. Wir sind zum Frieden bereit. Die Russen sollen es wissen, und sie sollen es ihren Verbündeten sagen. Es ist